

## Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

### **Mut zu erneuerbaren Energien**

Seit Beginn der Legislaturperiode streitet die Große Koalition über den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien. Wichtige energiepolitische Entscheidungen wurden dadurch auf die lange Bank geschoben. Statt einer echten Weiterentwicklung des EEG hin zu mehr Marktwirtschaft und Wettbewerb droht die Bundesregierung den planwirtschaftlichen und teuren Weg für viele weitere Jahre fortzusetzen. Dabei stehen erneuerbare Energien inzwischen für rund die Hälfte der Stromerzeugung in Deutschland. Immer mehr Versorger kündigen ungefördernde Projekte wie Solarparks an und beweisen damit, dass erneuerbare Energien längst wettbewerbsfähig sind.

Deutschland hat die höchsten Strompreise Europas für nahezu alle Verbrauchergruppen. Dabei sind 52 Prozent staatlich veranlasste Kostenbestandteile wie die EEG-Umlage. Zu diesen direkten Förderkosten kommen die Integrationskosten der Erneuerbaren, die sich vor allem in steigenden Netzentgelten widerspiegeln. Angesichts der Corona-Krise droht die EEG-Umlage massiv anzusteigen. Die Bundesregierung möchte sie daher als Teil ihres Konjunkturprogramms auf 6,5 Cent je Kilowattstunde in 2021 und 6 Cent in 2022 begrenzen. Eine Senkung der EEG-Umlage aus Bundesmitteln ist angesichts der enormen Förderzusagen aus der Vergangenheit richtig. Dies darf allerdings nicht zu neuen Fördertatbeständen in der Zukunft führen. So kann die EEG-Umlage schrittweise abgeschafft werden.

Angesichts der größten Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik müssen wir umso mehr auf Effizienz beim Klimaschutz, Entlastung für Unternehmen und Verbraucher sowie sichere Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen setzen. 20 Jahre nach der Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist es Zeit für einen Paradigmenwechsel und einen Ausstieg aus der Dauersubvention. Der weitere Zubau erneuerbarer Energien sollte nicht länger durch staatlich garantierte Einspeisevergütungen gefördert werden. Statt den reinen Zubau installierter Leistung zu fördern, benötigen wir in der nächsten Stufe der Energiewende systemische Lösungen, die neben Klimaschutz auch Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit der Energieversorgung garantieren.

Ausbauziele wie das 65 Prozent-Ziel der Bundesregierung für 2030 sind in erster Linie industriepolitisch motiviert. Denn für das Erreichen der Pariser Klimaschutzziele ist allein die Reduktion von Treibhausgasen entscheidend. Allerdings hat der bisherige Ausbau von erneuerbaren Energien nur zu relativ

wenig CO<sub>2</sub>-Reduktion geführt, da parallel Kernkraftwerke abgeschaltet wurden und Deutschland mehr Strom exportiert hat. Die Milliardenförderungen des EEG zulasten der deutschen Stromkunden haben zwar maßgeblich zur beachtlichen Kostendegression der Erneuerbaren beigetragen. Industriepolitisch konnte Deutschland jedoch nur wenig profitieren. So ist zum Beispiel unter den zehn größten Herstellern von Solarmodulen der Welt heute kein einziges deutsches Unternehmen mehr zu finden.

Hinzu kommt, dass das EEG mit immer weiteren Unterzielen überfrachtet wurde. So wird nicht nur planwirtschaftlich festgelegt, wieviel Megawatt je Technologie und Jahr zugebaut werden sollen. Darüber hinaus sollen die räumliche Verteilung, die Akteursvielfalt, die finanzielle Beteiligung von Kommunen für mehr Akzeptanz oder der Schutz energieintensiver Industriebetriebe vor Wettbewerbsnachteilen gewährleistet werden. Auch wenn einzelne Ziele für sich berechtigt sein mögen, führt diese Komplexität zu Ineffizienz und damit zu steigenden Kosten des Erneuerbaren-Ausbaus. Darüber hinaus ging der Ausbau der Erneuerbaren nicht kongruent mit dem Ausbau und der Ertüchtigung der Stromnetze einher, was die Kosten für das Netzengpassmanagement erheblich gesteigert hat und zu weiteren Verwerfungen im Strommarkt führen kann.

Während bisherige Bundesregierungen sich vor allem auf den Stromsektor konzentriert haben, benötigen wir künftig ganzheitliche Lösungen und Instrumente für die Energiewende. Diese muss sektorenübergreifend und europäisch, nicht einseitig als Stromwende in Deutschland angelegt sein. Nationale Ausbauziele nur für den Stromsektor lehnen wir daher ab, sie sind unflexibel und ineffizient. Der Import von grünem Wasserstoff und erneuerbare Kraftstoffe sind davon z.B. nicht erfasst. Deutschland wird sich auch in Zukunft nicht energieautark versorgen können. Erneuerbare Energien sollten dort ausgebaut werden, wo es am günstigsten und gesellschaftlich akzeptiert ist.

Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag bekennt sich zu den Pariser Klimaschutzziele und dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien. Bei der künftigen Ausgestaltung orientieren wir uns an den folgenden Kriterien:

## **1. Marktwirtschaftlich**

Wir wollen das Energiesystem stärker durch marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen steuern und einen sektor-übergreifend einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis ins Zentrum stellen. Alle künftigen Reformen des EEG sollten darauf ausgerichtet werden, erneuerbare Energien vollständig in den Wettbewerb zu überführen und die Förderung nach dem EEG auslaufen zu lassen. Gesetzlich garantierte Abnahmepreise lehnen wir ebenso ab wie eine Förderung bei negativen Strompreisen. Gleichzeitig wollen wir die hohen staatlichen Kostenbestandteile auf Strom reformieren und die EEG-Umlage abschaffen. Ein steigender CO<sub>2</sub>-Preis wird fossile Energie weiter unattraktiv machen und dazu führen, dass der Zubau erneuerbarer Energien stärker Nachfrage-getrieben

erfolgt. Nur so gelingt ein echter Wettbewerb emissionsarmer Energieträger. Wir unterstützen darüber hinaus Vermarktungsformen jenseits der EEG-Förderung wie Langfristlieferverträge (PPA) und Herkunftsnachweise (HkN) für die grüne Eigenschaft erneuerbaren Stroms. Unser Ziel ist es, dass sich immer mehr Anlagen ohne EEG-Förderung refinanzieren.

## **2. Unbürokratisch**

Das Energierecht hat inzwischen eine kaum zu überblickende und parlamentarisch immer schwieriger zu kontrollierende Komplexität angenommen. Wir wollen durch Bürokratieabbau nicht nur mehr Ressourcen für Innovationen und Wachstum in den Unternehmen schaffen. Wir sehen ihn auch aus demokratischer Sicht als dringend geboten. Darüber hinaus wollen wir Planungs- und Genehmigungsverfahren entschlacken und digitalisieren, um insbesondere den ungeforderten Ausbau erneuerbarer Energien und die schnelle Realisierung der dafür nötigen Strom- und Gasnetze zu erleichtern. Auch die Eigenversorgung mit erneuerbarem Strom wollen wir vereinfachen. Für Altanlagen, die aus der 20-jährigen EEG-Förderung fallen, setzen wir uns für eine möglichst unkomplizierte Regelung für die weitere Einspeisung ein. Anschlussförderungen lehnen wir dabei ab.

## **3. Technologieoffen**

Wir sind der Meinung, der Staat sollte nicht planwirtschaftlich festlegen, welche Erzeugungsart in welchem Jahr und in welchem Umfang zugebaut wird. Wir wollen einen echten Wettbewerb emissionsarmer Energieträger für mehr Kosteneffizienz und Innovationen. Denn der Gesetzgeber kann heute nicht wissen, wie sich Technologien entwickeln und mit welchen Innovationen wir unsere Klimaziele zur Jahrhundertmitte und darüber hinaus effizient erreichen. Wir wollen klimaneutrale Kraftstoffe nicht länger diskriminieren und dazu u.a. grünen Wasserstoff und seine Folgeprodukte auf die Zielerreichung auch im Wärme- und Verkehrsbereich anrechenbar machen.

## **4. Klimaschützend**

Wir wollen die Zielarchitektur der Energiewende konsequent, technologieoffen und sektorenübergreifend auf den Klimaschutz, d.h. die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen ausrichten. Die Zielerreichung wird dabei über das CO<sub>2</sub>-Limit des europäischen Emissionshandels sichergestellt, den wir möglichst europaweit und auf alle Sektoren ausweiten wollen. Ein Ausbauziel für erneuerbare Energien, das sich allein auf den Stromverbrauch in Deutschland bezieht, lehnen wir ab. Dies ist weder notwendig noch kongruent mit den EU-Vorgaben, die sich auf den gesamten Energieverbrauch beziehen. Die Ziele der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie sollen durch länderübergreifende, technologieneutrale Instrumente europaweit erreicht werden. Das EEG in seiner heutigen Ausgestaltung ist nicht geeignet, einen Prozentsatz X von einem Bruttostromverbrauch Y zu erreichen. Denn wir wissen nicht, wieviel Strom

2030 in Deutschland verbraucht werden wird. Auch die Bundesregierung kann diese Frage nicht beantworten. So könnten Wirtschaftswachstum, Digitalisierung und zunehmende Sektorenkopplung den Stromverbrauch weiter steigen lassen.

## **5. Versorgungssicher**

Die staatliche Stilllegung von Atom- und Kohlekraftwerken und die massive Förderung volatiler Stromerzeugung, vor allem aus Solar- und Windenergie, stellen enorme Herausforderungen für die Systemstabilität und Versorgungssicherheit dar. Bislang haben die Unternehmen der Energiewirtschaft inklusive der Netzbetreiber diese vorbildlich meistern können, wenn auch zu teilweise erheblichen Kosten für Systemeingriffe. Die politische Herausnahme gesicherter Leistung droht jedoch zu einer Interventionsspirale zu werden, da Alternativen sich nicht rechtzeitig am Markt refinanzieren können und subventioniert werden sollen. Dies zeigt das Dilemma ständiger staatlicher Eingriffe in den Strommarkt. Wir fordern stattdessen systemische Lösungen und mehr Flexibilität durch Anlagenkombinationen und Speicher auf der Erzeugungsseite. Diese wollen wir marktwirtschaftlich anreizen. Ein zweites EEG für gesicherte Kraftwerksleistung oder für Speicher lehnen wir ab.

## **6. Bezahlbar**

Wir wollen die einseitige Finanzierung der Energiewende über Umlagen und Abgaben auf Strom beenden. Dazu wollen wir die EEG-Umlage für alle Verbrauchergruppen abschaffen, in dem die Förderzusagen aus der Vergangenheit schrittweise aus den Einnahmen der CO<sub>2</sub>-Bepreisung über den Bundeshaushalt finanziert werden und keine neuen Tatbestände für Neuanlagen geschaffen werden. Dabei wollen wir nicht einzelne Kostenbestandteile wie die Besondere Ausgleichsregelung für stromintensive Unternehmen unter Haushaltsvorbehalt stellen. Wir begrüßen, dass der erste Schritt weg von der umlagefinanzierten EEG-Förderung gemacht wurde und ein Teil der Energiewende-Kosten von nun an einer stärkeren parlamentarischen Kontrolle unterliegt. Nun muss im nächsten Schritt das System der Steuern, Abgaben und Umlagen auf Energie grundsätzlich reformiert werden. Eine Finanzierung der EEG-Förderung über Steuergelder wäre auch sozial gerechter, da das aktuelle Umlagesystem insbesondere einkommensschwächere Verbraucher überproportional stark belastet.

## **7. Akzeptiert**

Die Akzeptanz der Energiewende und des Ausbaus der Erneuerbaren und Netze ist grundsätzlich hoch. Auch immer mehr Unternehmen wollen auf grünen Strom setzen, solange dieser bezahlbar bleibt. Allerdings stoßen wir bereits heute an Grenzen der Akzeptanz und Flächenverfügbarkeit bei der konkreten Umsetzung vor Ort. Dabei stört die Menschen nicht nur der Windpark oder die Strommasten am Horizont, sondern auch die

offensichtlichen Fehler im Management der Energiewende zulasten ihrer Stromrechnung. Wir wollen einen natur- und sozialverträglichen Ausbau der Erneuerbaren im Einklang mit den Ländern und Kommunen. Bundesweite Abstandsregelungen lehnen wir ab und wollen die Entscheidung den Bundesländern überlassen. Eine finanzielle Beteiligung von Kommunen kann zu neuen Zielkonflikten führen und droht, das EEG teurer zu machen.

## **8. Europäisch**

Die vollständige Versorgung Deutschlands mit erneuerbarer Energie wird nicht allein national gelingen. Deutschland importiert heute rund 70 Prozent seines Energiebedarfs. Wir werden die Klimaschutzziele nicht erreichen, wenn wir nur auf direkte Elektrifizierung auf Basis erneuerbaren Stroms in Deutschland setzen. Daher fordern wir eine europäisch abgestimmte Strategie für den Import erneuerbarer Energieträger in Form von klimaneutralen Gasen und Kraftstoffen. Wir setzen uns dafür ein, die Integration des EU-Energiebinnenmarktes weiter voranzutreiben. Wir wollen Energiepolitik zukünftig noch stärker europäisch statt national denken. Mit den vielfältigen landschaftlichen Gegebenheiten Europas und seinen Möglichkeiten zur Erzeugung sollte auch die Speicherung von Energie in einem europäischen Verbund gedacht und umgesetzt werden. Die Bundesregierung sollte sich für einen europäischen Speichergipfel einsetzen, bei dem sich die Länder auf eine sinnvolle Strategie zur gemeinsamen Nutzung der europäischen Landschaften und Speichermöglichkeiten verständigen.

## **9. Innovativ**

Das EEG in seiner heutigen Ausgestaltung setzt kaum Anreize, die Innovationskraft der Energiewirtschaft zu erhöhen. Die garantierte Abnahme und Vergütung des Stroms verhindert, dass Betreiber stärker an der Systemintegration ihrer Anlagen arbeiten. Statt Subventionen in den weiteren Ausbau wollen wir stärker auf die Förderung von Forschung und Entwicklung setzen. Dazu zählen Pilotanlagen zur Erzeugung von grünem Wasserstoff oder Anlagenkombinationen mit Speichern, die wir in der nächsten Stufe der Energiewende vermehrt benötigen. Die Förderung sollte dabei nicht an den Landesgrenzen enden sondern auf europäische und internationale Kooperation setzen. Beim Aufbau einer smarten, fortschrittlichen Energie- und Klimapolitik ist der liberale Werkzeugkasten von entscheidender Bedeutung. Im Mittelpunkt unserer politischen Anstrengungen steht dabei die CO<sub>2</sub>-Reduktion. Offenheit für moderne ökologische Technologien sowie der Einsatz für digitale und flexible Anwendungen auf der Grundlage marktwirtschaftlicher Anreize schaffen dabei den Nährboden für innovative energie- und klimapolitische Lösungen.

## 10. Smart

Die Energiewende kann nur durch konsequente Digitalisierung gelingen. Smarte Anwendungen können auf vielfältige Weise dazu beitragen, den Wandel von einer zentralen zu einer dezentralen Energieversorgung weiter voranzutreiben und umzusetzen: Etwa zur Verbesserung der Energieeffizienz, bei der Flexibilisierung des Verbrauchs und der Tarife sowie zur Sicherstellung der System- und Versorgungssicherheit. Ein intelligentes Stromnetz bietet enormes Potenzial für die zukünftige sichere Versorgung mit Energie. Wir fordern deshalb, dass die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland schneller und unbürokratischer vorangebracht wird.

Ansprechpartner:

Sandra Weeser MdB, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie  
Telefon: 030 227 - 79400 – E-Mail: [sandra.weeser@bundestag.de](mailto:sandra.weeser@bundestag.de)